

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 57

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver
Mittwoch, den 8. März 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
40 Bsp., auswärts 50 Bsp., im Restamtteil 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichskanzler will vor der Beschlussfassung der Reichstagspartei über das Steuerkompromiß erst noch die Ansicht des Reichswirtschaftsrates zur Zwangsanleihe hören.

* Der in Schweden lebende Generallandschaftsdirektor Kapp hat in einem Briefe an eine Dresdener Zeitung angeblich das Angebot gemacht, sich unter freiem Geleit dem Reichsgericht zu stellen.

* Lloyd George hatte eine Unterredung mit den Führern der englischen Konservativen. Die Koalition erscheint wieder gesichert.

* Präsident Calander wird am 20. März in öffentlicher Sitzung in Genf seinen Schiedspruch über einige obersteileische Streitfragen fällen.

* Der italienische Außenminister Schanzer hat bei England und Frankreich eine Verschiebung der Orientkonferenz beantragt.

* Der Dollar stieg am Montag in Berlin bis zu einem Stande von 261.

Steuerwoche.

Der Reichstag ist am Sonnabend zwar wieder einmal für ein paar Tage auseinandergegangen, diesmal aber mit fest bestimmter Marschroute für die Wiederaufnahme der Arbeit am kommenden Donnerstag. Die Tage, die bis dahin sühnungslos verstrichen, sollen von den Steuerassessoren in, wenn es sein muß, mehr als achtstündiger Arbeitszeit gründlich ausgefüllt werden, damit die zweite Beratung der Steuervorlage endlich vor sich gehen und nun in einem Zuge zum Ende geführt werden kann.

Der Reichskanzler selbst war es, der am Schluß der letzten Sitzung in eine ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte eintritt, um diesen Wunsch der Reichsregierung gegenüber abweichenden Vorschlägen der Reichsparteien durchzusetzen. Er führte, wie schon öfter zuvor, auch diesmal außenpolitische Gründe für die Notwendigkeit möglicher Beschleunigung der Steuerarbeiten ins Feld, ohne des näheren auf die Art dieser Gründe einzugehen. Man braucht aber gar nicht zu den politischen Eingeweihten zu gehören, um zu wissen, was er damit im Sinne hatte. Am nächsten Mittwoch sollen in London die internationalen Finanzfachverständigen zusammentreten, wie man glaubt, um sich abermals neben anderen Dingen mit der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu befassen. Auch die endgültige Entscheidung der Reparationskommission über das bekannte Stundungsgesuch der Reichsregierung wird wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen können. Und Herrn Birck liegt und muß daran liegen, vor diesen Instanzen den Nachweis zu führen, daß Deutschland alles tut, was in seinen Kräften steht, um von sich aus, soweit eben möglich, wieder einigermaßen Ordnung in sein Finanzwesen zu bringen. Die Steuervorlagen, die jetzt verabschiedet werden sollen, liegen schon seit vielen Monaten beim Reichstag, und seither haben sich unsere Verhältnisse — wie diejenigen übrigens der ganzen Welt — nichts weniger als verbessert. Mit Rücksicht hierauf ist auch im vorigen Dezember der Gedanke des Steuerkompromisses entstanden, daß dann der Aufnahme der Zwangsanleihe den zu erwartenden Ertrag der neuen Steuererträge um ein Erhebliches gesteigert hat. Mit diesen Dingen schlagen sich die Parteien und die Regierung nun schon wochenlang herum, und man kann es Herrn Dr. Birck auch aus innerpolitischen Gründen durchaus nachfühlen, wenn er diese ebenso aufregende wie weittragende Aktion endlich zum Abschluß bringen will. Die zweite Beratung mitsamt den zu fällenden Entscheidungen wird nun allerdings wieder unter dem Zwange der Sekundität vor sich gehen und infolgedessen zu vielen sachlichen Beanstandungen mehr oder weniger berechtigten Anlaß geben. Die Gemüter werden sich, statt das Unvermeidliche mit einigem Anstand hinzunehmen, wieder gewaltig erhitzen und die Parteipolitiker werden nicht darauf verzichten wollen, bis zum letzten Augenblick dem Volke vor Augen zu führen, wie schlecht es von ihren politischen Gegnern — und natürlich nur von diesen — behandelt werde. Gewiß keine erquicklichen Begleitererscheinungen des Parlamentärsbetriebes. Und es mag schon sein, daß man mit ihnen auch in anderen Demokratien rechnen muß. Aber wenn Dr. Birck die Reichstagszüge lockerer ließe, würde damit an diesen Zuständen sicherlich etwas gebessert werden. Wir werden uns also schon damit abfinden müssen, in beschleunigtem Tempo durch dieses abermalige Steuersturzbad hindurchgetrieben zu werden.

Erst nach der Durchberatung des Steuerkompromisses soll offenbar die Frage der Neubefestigung des Finanzministeriums endgültig geregelt, soll aber auch die Frage der großen Koalition so oder so entschieden werden. An Versuchen, Herrn Dr. Birck in der einen wie in der anderen Richtung zu vorzeitigen Entscheidungen zu bewegen, hat es ganz gewiß nicht gefehlt; er hat ihnen in beiden eine Art von passiver Resistenz entgegengesetzt, mit der er, vorläufig wenigstens, Sieger geblieben ist. Die Deutsche Volkspartei wird gewiß nicht sagen können, daß er ihre Zustimmung zu den Steuervorlagen durch irgendwelche wesentliche Konzessionen erkaufte, sie wird im Gegenteil behaupten wollen, daß für Herrn Dr. Birck Zugeständnisse nur nach hinten in Frage kämen. Und sie wird sehr bald letztmalig zu prüfen haben, was aus den „persönlichen und sachlichen Garantien“ geworden ist, von deren Gewährung sie ihre aktive Mitwirkung am Steuerkompromiß abhängig machen wollte. Wenn sie aber hört, daß unsere Regierung schon bei der letzten Defizitabrechnung an die Entente schonend darauf vorberitten ließ, daß sie kaum noch lange imstande sein werde, diese 31 Goldmillionen zu leisten, so werden auch die nicht zur Regierungskoalition gehörenden Parteien ihren letzten Entschluß sehr sorgfältig zu überlegen haben. Von anderer Seite wird allerdings diese letztere, aus dem Pariser „Journal“ stammende Meldung entschieden bestritten.

Am Reichstag wird es sein, durch die Art, wie er in der kommenden Woche sich seiner Steuerassessoren entledigt, die Stellung der Reichsregierung gegenüber unseren auswärtigen Bedrückern nach Möglichkeit zu stärken.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Rentenerhöhung für Tumultgeschädigte.

Der Reichsminister des Innern hat im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister die Reichskommissare bei den Ausschüssen zur Feststellung von Vergütungen für Aufbruchschäden angewiesen, mit Wirkung vom 1. November 1921 ab, die den Tumultgeschädigten oder ihren Hinterbliebenen zuerkannten Renten im Verwaltungswege auf die Beträge zu erhöhen und festzusetzen, die den Bestimmungen des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920 und dem dazu ergangenen Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 1. Dezember 1921 entsprechen. In Preußen sind die Ausführungsbestimmungen zur Übernahme der Kosten auf die Staatskasse bereits ergangen.

Die Befestigung des Finanzministeriums

Am in einer Besprechung der Parteiführer mit dem Reichskanzler zur Sprache, worin der Brief des Ministers Dr. Hermes an Dr. Birck erörtert wurde, in dem Dr. Hermes um eine Entscheidung des Kanzlers über die endgültige Befestigung des Finanzministeriums ersucht. In seiner Antwort auf das Ersuchen des Reichsfinanzministers dürfte, wie in Parlamentärskreisen verlautet, der Kanzler darauf hingewiesen haben, daß er den Wunsch des Ministers Dr. Hermes begreiflich finde. Die Befestigung des Finanzministeriums hänge jedoch nicht allein von ihm ab, sondern insbesondere auch von der Konstellation der Parteien. Im übrigen laute der Kanzler erst dann eine Entscheidung über die definitive Befestigung des Finanzministeriums treffen zu können, wenn die schwebenden Steuerberatungen zu einem gewissen Abschluß gekommen sind. Die gleitende Lohnskala.

Am Beamtenausschuß des Reichstages suchte man die Frage zu klären, wie sich die politischen Parteien zur Einführung einer gleitenden Lohnskala stellen würden. Der Vertreter der deutschen Volkspartei empfahl eine Entscheidung, wodurch die Regierung um eine Vorlage ersucht wird. Die Demokraten vertraten die Auffassung, daß die automatische Anpassung des Beamtenlohns an den Geldwert eine Notwendigkeit sei. Eine Regelung für Beamte könne unabhängig von einer Regelung für Arbeiter und Angestellte erfolgen. Von sozialistischer Seite wurde das bestritten. Die gleitende Skala müsse vielmehr für alle Gruppen von Arbeitnehmern gleichzeitig oder überhaupt nicht eingeführt werden. Der Zentrumsvorredner äußerte Erklärungen darüber, daß man die Anpassung nur für eine einzelne Arbeitnehmergruppe befristete. Solange die gleitende Skala für die Privatwirtschaft nicht eingeführt sei, könne sie für Beamte nicht diskutiert werden.

Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für Schulen.

In der Verfassung ist die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel für Schüler vorgesehen, bis heute aber nicht durchgeführt. Die Durchführung soll nach dem Geiste der Verfassung den Gemeinden obliegen. Im Bildungsanschuß des Reichstages beantragte der deutsche nationale Abgeordnete Dr. Philipp, die Gewährung von Reichszuschüssen an Länder und Gemeinden zur Durchführung der Lehrmittelfreiheit. Der deutsche nationale Antrag wurde einstimmig angenommen; er hat folgenden Wortlaut: „Die Reichsregierung ist zu ersuchen, den Ländern Beihilfen zu gewähren, damit für unentgeltliche und für kinderreiche Familien Lernmittel frei oder doch verbilligt beschafft werden können.“ Am 10. März beginnt der Ausschuß die Beratung des Reichsschulgesetzes.

Regierungserweiterung in Bayern.

Die Verhandlungen über die Koalition und Regierungserweiterung in Bayern sind abgeschlossen. Die vereinigte Fraktion der Bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei tritt wieder in die Koalition ein. Die neu eingetretene Fraktion wird das Justizministerium erhalten.

Steuerschutz für kinderreiche Familien.

Die Vereinigung für Familienwohl in Düsseldorf hat an den Reichstag die Bitte gerichtet, bei der Verabschiedung der Steuererträge der Kinderreichen zu bedenken. In einer umfangreichen Anlage zu ihrer Mittschrift bringt die Vereinigung ein zum Teil erschütterndes Beweismaterial für die Not der Kinderreichen in der heutigen Zeit bei. Sie weist dann darauf hin, daß die neuen Steuererträge, soweit sie Steuern vom notwendigen Verbrauch erhöhen oder neu einführen, die Lasten der Kinderreichen noch vermehren, anstatt dem Versprechen der Reichsverfassung gemäß auszugleichen. Die Vereinigung bittet daher den Reichstag, vom Ertrag der Umsatzsteuer jährlich zehn Prozent zurückzustellen und daraus einen Schatz zu bilden, der gemäß dem Versprochen Artikel 119 der Verfassung die Lasten der Kinderreichen auszugleichen soll.

Befreiungs- und Inzeststeuer.

Da der Steuerauschuß des Reichstages beschäftigt ist mit dem Versicherungsteuergesetz, nachdem zuvor ein Antrag, der der Inzeststeuer eine vierjährige Befreiung zugrunde legen und dieser Befreiung rückwirkende Kraft für 1921 geben will, angenommen worden war. Im Versicherungsteuergesetz wurde der Antrag angenommen, der Befreiungen von Vieh aus kleinen Viehhaltungen bis zur Versicherungssumme von 25 000 Mark steuerfrei läßt.

Wieht es bei dem Programm von Cannes?

Die Frage der endgültigen Festsetzung der jährlichen Leistungen Deutschlands an die Entente wird den Gegenstand einer neuen Besprechung der englischen finanziellen Sachverständigen mit dem französischen Finanzminister und mit italienischen und belgischen Vertretern bilden. „Daily Telegraph“ schreibt hierüber: Die Festsetzung der Gesamtsumme, die Deutschland in bar und Ware zu liefern hat, ist der Wiedergutmachungskommission übertragen worden, die, soviel man hier erfahren hat, die Zahlen von 720 Millionen Goldmark in bar und 1 450 000 000 Goldmark in Sachleistungen beibehalten hat, auf die man sich ursprünglich in Cannes geeinigt hat.

Inzeststeuer und Zeitungsnot.

Der Steuerauschuß des Reichstages hat seine bekannten Beschlüsse über die Staffelung der Inzeststeuer von 1½ bis 4 Prozent in weiter Lesung bestätigt. Obwohl die Redner fast aller Parteien für eine völlige oder teilweise Streichung bzw. Milderung der Steuer eintraten, wurden doch sämtliche dahingehende Anträge vom Ausschuß abgelehnt, offensichtlich, weil keiner für den abweichenden Antrag seines Nachbarn stimmen wollte. Besonders bemerkenswert waren die Ausführungen über die Not der kleinen Zeitungen, für welche man fast allgemein in erster Linie Erleichterungen für nötig hielt, ohne jedoch dementsprechende Beschlüsse zu fassen.

Frankreich.

Die Rüstung des Riesen Colliath. Neben der winzigen deutschen Reichswehr nimmt sich die kolossale französische Armee wie weland der kleine David neben dem Riesen Colliath aus. Sonderbar ist nur, daß der moderne französische Colliath seine Rüstung trotz des unbedingten Gegners immer stärker machen möchte. In der Kammer in Paris wurde erklärt, daß man Deutschland gegenüber 32 Divisionen mit den entsprechenden Reserven brauche, denn Deutschland könne durch Verdreifachung der Reichswehr 21 Divisionen mobil machen und verfüge über 150 000 Mann Stammtuppen in der Schutzpolizei (1) Der Effektivbestand bei 18monatiger Dienstzeit gebe die Möglichkeit, 32 Divisionen zusammenzustellen, vorausgesetzt, daß man über 100 000 Kapitulanten verfüge. Bei nur 70 000 Mann Kapitulanten und 205 000 Mann Kolonialtruppen, die im Entwurf vorgesehen seien, komme man bei 18monatiger Dienstzeit auf eine Gesamtstärke von 660 000 Mann, bei einjähriger Dienstzeit auf 535 000 Mann. Das scheint den Franzosen aber immer noch nicht genug zu sein.

Italien.

Schwere Kämpfe in Fiume. In der durch das d'Annunzio-Abenteuer bekannten dalmatinischen Stadt Fiume ist es durch das Vorgehen der Faschisten zu schweren Kämpfen zwischen den Nationalisten und den Regierungstruppen gekommen. Der Gouverneur von Fiume, Richard Zanella, mußte sich nach einem sechsständigen heftigen Kampfe ergeben. Er befindet sich in der Gefangenschaft der Faschisten.

Aus Triest, Pola und den übrigen istrischen Städten waren etwa 1000 Faschisten mit mehreren Panzerautomobilen und größeren Mengen Munition in Fiume eingetroffen. Die in der Stadt anwesenden italienischen Carabinieri traten offen auf die Seite der Faschisten. Es wird berichtet, daß die Faschisten im Einvernehmen mit d'Annunzio handeln.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Ältestenrat des Reichstages beschloß, die erste Hälfte der neuen Woche sühnungslos zu lassen, um den Ausschüssen Gelegenheit zu intensiver Arbeit zu geben.

Paris. Im Laufe des Monats März werden zwei weitere Transporte amerikanischer Soldaten der Rheinlandarmee heimgeführt. Vom Monat April an wird das amerikanische Kontingent nur noch 2400 Offiziere und Mannschaften zählen.

Berlin. Der 23. Kirchlich-soziale Kongress findet vom 24. bis 26. April in Moskau statt.

Preussischer Landtag.

(108. Sitzung.)

4. Berlin, 6. März.

Zur gemeinschaftlichen Beratung kommen drei kommunistische Anträge, die aus Anlaß des Hungerstreiks in den Strafanstalten die

Forderung einer Amnestie.

die Unterstützung der Angehörigen der politischen Gefangenen und ferner die Rückforderung der an Spanien ausgelieferten Dato-Mörder verlangen. Der Amnestie-Antrag ist auch von der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten unterstützt.

Abg. Schumann (Komm.) begründet die Anträge auf Amnestie und Angehörigen-Unterstützung. Die Verfolgung der Teilnehmer der März-Unruhen habe namenloses Unglück über ihre Angehörigen gebracht. Die Verurteilung über ihre Schuld habe viele Gefangene zum Hungerstreik getrieben. Ungerechterweise würden die meisten nicht als politische, sondern als gemeine Verbrecher behandelt. Nicht einmal das Leben bürgerlicher Zeitungen werde ihnen gestattet. — Der Redner bringt viele Einzelbeschwerden dieser Art vor und schließt mit der Drohung, das revolutionäre Proletariat werde an den Handlangern des Kapitals Vergeltung üben.

Abg. Rabold (U.-Soz.) begründet dann den von seinen Freunden gemeinsam mit den Kommunisten gestellten Antrag auf Rückforderung der an Spanien ausgelieferten Syndikalisten Fori und Concepcion. Von den deutschen revolutionären Parteien würden Terrorakte als politische Kampfmittel abgelehnt. Die Auslieferung der angeblichen Dato-Mörder sei aber rechtswidrig, denn es handele sich nach der Meinung der maßgebenden Völkerrechtler um ein politisches Verbrechen.

14 Streitpunkte über Oberschlesien.

Der Abschluß der Genfer Verhandlungen.

Nach wochenlangen Bemühungen, eine Einigkeit zwischen den deutschen und den polnischen Vertretern in Genf herbeizuführen, sind nun doch noch 14 formulierte Einzelpunkte übrig geblieben, die dem Schiedsgericht des Präsidenten Calonder überlassen bleiben müssen. Der Präsident, der zurzeit leicht erkrankt ist, wird am 11. März diese Streitpunkte entgegennehmen und am 20. März in öffentlicher Sitzung in Genf seinen Spruch fällen. Die Arbeit an der endgültigen Formulierung des ganzen Abkommens bis zur Unterzeichnung, zu der sich Minister a. D. Schiffer dann wieder nach Genf begeben wird, kann noch einige Wochen in Anspruch nehmen.

Von polnischer Seite verlautet über die Besetzung Oberschlesiens durch polnische Truppen, daß diese in drei Richtungen, nämlich Kattowitz, Czenstochau und Plesch, nach Oberschlesien einrücken wollen, während die Deutschen erst 24 Stunden später in den ihnen verbliebenen Teil einrücken sollen. Die Ententeuppen werden sichtlich das Gebiet übergeben und dann Oberschlesien verlassen.

Stellt Rapp sich?

Freies Geleit vom Reichsgericht verlangt.

Wolfgang Rapp, der frühere Generallandschaftsdirektor von Ostpreußen, der Führer des nach einigen Tagen zusammengebrochenen Putches im März 1920, soll sich bereit erklärt haben, sich unter der Zusicherung freien Geleits dem Reichsgericht zu stellen. Rapp ist seinerzeit, als der Versuch mißlungen war, die republikanische Verfassung zu beseitigen, nach Schweden entflohen. Inzwischen ist der sog. Jagow-Prozess vor dem Reichsgericht durchgeführt worden, und nun haben die Dresdener Nachrichten sowie der Berliner Lokalanzeiger einen gleichlautenden von Rapp gezeichneten Brief erhalten, der folgenden Text hat:

Schweden, 1. März 1922.

Mit der Bitte um Veröffentlichung dieser Zuschrift teile ich der verehrlichen Schriftleitung ergebenst mit, daß ich heute dem Reichsgericht meine Bereitwilligkeit erkläre, mich unter Leistung einer Sicherheit von hunderttausend Mark gegen Gewährung freien Geleits und Verpfändung von der Untersuchungshaft zu stellen.

Grundätzlich sehe ich nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Regierung, die den Besitz der Macht lediglich einem tatsächlich begangenen Hoch- und Landesverrat verdankt, weder das Recht hat, über Hochverrat zu Gericht zu sitzen, noch irgendwelchen Anspruch darauf erheben darf, daß ein durch sie des Hochverrats bezichtigter Recht bei ihr suche. Obwohl mir eine Ausfertigung der gegen den Reichspräsidenten v. Jagow ergangenen Reichsentscheidung vom 21. Dezember 1921 noch nicht vorgelegen hat, entnehme ich doch dem mir inzwischen darüber bekanntgewordenen Inhalt, daß ein Rechtspruch des Reichsgerichts vorliegt. Herr v. Jagow ist nach meiner Überzeugung mit Unrecht zu langjähriger Freiheitsstrafe verurteilt. Die gegen ihn ergangene Entscheidung ist endgültig. Da mir aus derselben Veranlassung die gleiche Handlung zur Last gelegt wird, wie die, derentwegen Herr v. Jagow verurteilt worden ist, so ist ein neues, gegen mich durchgeführtes Verfahren tatsächlich dieselbe Rechtswirkung aus, als würde eine Revision des Jagow-Prozesses statt. Ehre und Gewissen gebieten mir daher, für den Verurteilten einzutreten. Demgegenüber haben alle grundsätzlichen Erwägungen, die mich bisher von einer Selbststellung abgehalten haben, zu schweigen. General Freiherr v. Rüttow und die anderen im Ausland befindlichen Herren, die am Märzunternehmen beteiligt gewesen sind, werden dem natürlichen Antrieb ihrer vornehmen Gesinnung entsprechend, den Wunsch hegen, meinem Beispiel zu folgen und gleichzeitig mit mir in Leipzig zu erscheinen. Sie alle bitte ich dringend, hiervon Abstand zu nehmen und mir als politischem Haupt des Märzunternehmens in diesem Falle den Vortritt zu lassen. Aus ähnlichen Gründen, wie sie jetzt für mein Vorgehen maßgebend sind, können sie sich später immer noch stellen, falls sie dies dann noch für geboten erachten. Ihre Interessen werden von mir in Leipzig, ohne ihrer etwaigen künftigen Stellungnahme irgendwie vorzugreifen, als wären es meine eigenen, wahrgenommen werden.

(gez.) Wolfgang Rapp.

Königlich preussischer Wirklicher Geheimrat Oberregierungsrat. Herr Rapp würde sicherlich mit den Briefen seinem Charakterbild keinen schlechten Dienst erwiesen haben, aber man muß doch die Befähigung der Selbststellungsabsicht durch das Reichsgericht abwarten, ehe man zu weiteren Schlussfolgerungen kommt.

Starke Zunahme der Steuerung.

120 Prozent Steigerung gegen das Vorjahr

Die Steuerung hat im Monat Februar stark zugenommen. Die Verhältniszahl (Indexziffer) für Lebens-

Die Siegerin.

24) Roman von Hans Schulze-Sorau.

„Ja, bitte Sie, Herr Hausmann,“ sagte er, „brechen Sie die Sache doch nicht gleich übers Knie! Ich möchte Ihnen ja gern gefällig sein, wenn Sie mir eine Unterlage von Wert bieten könnten! Warum wollen Sie sich eigentlich nicht an Ihren Freund Laudon wenden, für den Sie bei mir im vorigen Jahre doch auch einmal gutgefragt haben! Herr Laudon ist als Kohlenkönig von Berlin D. für mich eine erstklassige Sicherheit! So viel Geld, wie die Laudons allmählich zusammengehackert haben, gibt's ja überhaupt gar nicht!“

„Mein Verhältnis zu Herrn Laudon ist zurzeit nicht derartig, daß ich ihn um eine Gefälligkeit angehen könnte!“ „Das tut mir aufrichtig leid!“ versetzte Herr Gründler bedauernd. „An meinem guten Willen soll es nicht gelegen haben, wenn unser Geschäft nicht zustande kommt! Gerade dieser Tage habe ich einen größeren Betrag von einem Hypothekenverkauf flüssig. Nun, vielleicht werden Sie mit Ihrem alten Freunde doch noch einig! Jedenfalls will ich Ihnen das Geld bis morgen nachmittag fünf Uhr reservieren! Auf die Bürgschaft von Herrn Laudon erhalten Sie von mir jede Summe!“

— — — „Auf die Bürgschaft von Herrn Laudon erhalten Sie von mir jede Summe!“

Wie ein Mühlrad gingen Paul die inhaltschweren Abschiedsworte Gründlers unablässig im Kopfe herum, als er nach halbständiger Fahrt mit der elektrischen Bahn endlich wieder in seinem Heim am Alstanschen Platz eintraf.

Zimmer wieder drängte sich das lauernde Gesicht des kleinen Geldmannes vor sein geistiges Auge, dieses schmutzigen Halsabschneiders, in dessen Händen für ihn die letzte Möglichkeit einer Rettung lag.

Halb ohne zu wissen, was er eigentlich tat, ging er drei, viermal durch seine Wohnung, schob hier und da ein Bild, einen Gebetsstisch zurecht und ordnete in einer Art kampfhafte Tätigkeitsdranges an seinen Sammlungen orientalischer Waffen herum, die in prächtigen, sonnenförmigen Kreisen die breiten Wandflächen seines Arbeitszimmers bedeckten. Er hatte in sämtlichen Räumen das elektrische Licht angebracht, in einer instinktiven Furcht vor der Dunkelheit, vor dem Alleinsein; doch trotz der fast tageshellen Beleuchtung schreckte er bei jedem Türenschlagen des großen Mietsch Hauses zusammen.

haltungskosten, die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über die Kosten für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung berechnet wird, ist vom Januar zum Februar von 1640 auf 1989, also um 349 Punkte oder 21,3 Prozent gestiegen. Verglichen mit dem Stand vor einem Jahre (Februar 1921) bedeutet dies eine Verteuerung der erwünschten vier Lebensbedürfnisse um 120,3 Prozent. Die Kosten der Lebenshaltung haben sich also fast doppelt mehr als verdoppelt. Zu der Verteuerung im Monat Februar trugen vor allem die Ernährungsausgaben bei, deren Indexziffer von 2219 im Januar um 23 Prozent auf 2727 gestiegen ist. Außer Schellfischen, deren Preise sich teilweise etwas ermäßigen konnten, wurden alle Lebensmittel viel teurer. Besonders stark zogen die Preise für Kartoffeln und Gemüse an, da die lange Kälteperiode und die zu Beginn des Monats ungünstigen Verkehrsverhältnisse die Verteuerung für diese Lebensmittel sehr verschärften. Inzwischen sind die Preise ebenso wie die für Eier etwas zurückgegangen. Die Mitte des Monats eingetretene Brotpreiserhöhung kommt in den Indexziffern für Februar erst zur Hälfte zum Ausdruck. Auch die Ausgaben für Heizung, Beleuchtung und die Wohnungsmiete haben sich weiter gesteigert. Die Aufwärtsbewegung der Preise war, wie im Vormonat, innerhalb des Reiches nicht einheitlich.

Fünzigfache Großhandelspreise.

Der von der Frankfurter Zeitung für 77 Großhandelswaren berechnete Index ist am 4. März auf 435 gegen 352 am 5. Februar gestiegen. Gegen die Vorkriegszeit haben die Großhandelspreise die rund fünfzigfache Höhe erreicht.

Totales und Provinzielles.

Salver, den 8. März 1922

□ Ehrlichkeit. Es ist wahr, mit der Ehrlichkeit ist es wirklich nicht mehr weit her in unseren Tagen, aber, ehrlich gesagt, sind nicht die meisten Menschen mitschuldig an der allgemeinen Unehrlichkeit? Helfen wir nicht den Boden bereiten, auf dem sie sich breitmachen kann, weil wir zu schwach und zu gleichgültig geworden sind gegen die vielen Fälle in unserer Umgebung, wo die Unehrlichkeit ihr Haupt erhebt? Man läßt fünf gerade sein und nimmt es selbst nicht so genau. Die Ratifizierung der Lebensmittel war es, die den Damm einriß. Damals beging fast jeder Mensch Verstöße gegen die öffentliche Ehrlichkeit. Und die Steine, die aus der Krone unserer Bürgertugend fielen, wurden zu Lawinen, die viel Wertvolles, auch unser stilles Selbstgefühl vernichteten. Der Firnis der Erziehung wurde abgerieben, Tradition und Schamgefühl gingen verloren. Es war eine schlimme Zeit, und man tut gut, sie zu vergeffen. Aber wir werden keine Ruhe und keinen Boden zum Neuaufbau finden, wenn wir das Gerümpel aus jenen Tagen und die Giftpilze, die neu auf ihm wuchsen, nicht aus unseren Herzen und Hirnen entfernen. Was soll es nützen, wenn wir über die Verlogenheit der anderen klagen und nicht erst vor unserer Tür kehren? Man gebe erst mit anderen ins Gericht, nachdem man sich selbst ein unerbittlicher Richter war. Wie leicht fällt dann das Urteil milder aus. Aber mag es ausfallen, wie es will, um das Großreinemachen bei uns selbst kommen wir nicht herum, wenn es uns endlich um die Wiedergeburt der Ehrlichkeit zu tun ist.

P-st.

Erweiterung des Witzfunktelegraphenverkehrs. Der seit einigen Wochen zwischen dem Haupttelegraphenamt in Berlin und dem Telegraphenamt Hamburg versuchsweise eingerichtete Witzfunktelegraphenverkehr ist seit dem 1. März auch auf die Telegraphenanstalten bei den Börsen in Berlin und Hamburg ausgedehnt worden. Ferner wird mit Rücksicht auf die Leipziger Frühjahrsmesse vom 6. März ab auch Leipzig (einschließlich Börse) in den Witzfunkverkehr einbezogen. Die Ausdehnung des neuen Dienstes auf weitere Orte wird in kurzer Zeit erfolgen.

— * Umrechnungsverhältnis. Ab 1. März beträgt das Umrechnungsverhältnis im Auslandspaketverkehr für Wertangaben, bei Wertbriefen und Wertkästchen 1 Goldfrank gleich 44 Mark; ebenso werden ab 1. März die Grundwerte der Telegrammgebührentafel (Januarausgabe) mit 44 mal genommen.

— * Zur Abgabe der Einkommensteuererklärung. Die Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer bei Ermittlung des steuerbaren Einkommens war bisher streitig. Auf Veranlassung des Reichsministers der Finanzen hat der Reichsfinanzhof hierzu folgendes Gutachten abgegeben: Kirchensteuern sind bei Ermittlung des nach dem

Einkommensteuergesetz steuerbaren Einkommens vom Gesamtbetrag der Einkünfte im allgemeinen nicht abzugsfähig. Sie können aber abzugsfähig Ertragsteuern sein, wenn sie nach dem für die Kirchensteuer maßgebenden Gesetz von bestimmten Vermögensteilen des Steuerpflichtigen ohne Rücksicht auf dessen Wohnsitz und dessen Zugehörigkeit, zur Religionsgemeinschaft erhoben werden oder wenn sie aus sonstigem Grunde als Werbungskosten zu betrachten sind. Nach einer Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 28. Januar 1922 sind in Abweichung von der Bestimmung des § 29 Abs. 1 der Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung für das Rechnungsjahr 1921 auf öffentliche Aufforderung nur solche Personen verpflichtet, die im Kalenderjahr 1921 oder in dem nach § 29 des Einkommensteuergesetzes an dessen Stelle tretenden Wirtschaftsjahr (Geschäftsjahr) ein steuerbares Einkommen von mehr als 24 000 Mk. bezogen haben. Die Steuererklärungsfrist läuft bekanntlich vom 15. Februar bis 15. März 1922.

— * Sitzung der Kleinhandelsauschüsse der sübwesfälischen Handelskammern. Die Kleinhandelsauschüsse der Handelskammern zu Altena, Arnsberg, Iserlohn, Lüdenscheid, Siegen und Hagen tagten am 1. März 1922 unter dem Vorsitz des Herrn Ernst Wehlar zu Hagen i. W. im Hotel Lünenschloß. Die zahlreich besetzte Versammlung behandelte nach einem Referat des Syndikus Dr. Boye die Frage der Beurteilung des Einzelhandels in der Presse und in der öffentlichen Meinung. Die Versammlung beklagte tief, daß der Einzelhandel in breiten Verbraucherkreisen oft ungerechten Angriffen ausgesetzt sei, da die durch die Geldentwertung bedingte Steigerung der Warenpreise in den meisten Fällen ihm, als dem letzten Zubringer an den Verbrauch, als Schuld angedreht werde. Das Publikum gehe meist auf eine Prüfung der eigentlichen preissteigernden Momente, die in der Einwirkung der Uebervolturn der anderen Länder, in der Steigerung der Herstellungskosten bei der Industrie, in den Verteuerungen der Frachten, in den Steuercapitalen usw. zu suchen seien, überhaupt nicht ein. Die Versammlung bezeichnete es als notwendig, daß sich die Öffentlichkeit mehr mit dieser Frage befasse, wodurch dem Einzelhandel die ihm gemachten Vorwürfe erspart bleiben würden und eine gerechte Beurteilung dieses so wichtigen Standes herbeigeführt würde. Es wurden auch Mittel und Wege besprochen, wie man dieser Frage in der Praxis näher treten könnte. Weiter fand eine angeregte Aussprache über die Angestelltenlöhne statt. Die Versammlung war einig darüber, daß bei Abschluß dieser Tarife die Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse maßgebend sein müßte und daß als Vertragsparteien besondere Arbeitgeberverbände des Einzelhandels in Frage kommen müßten. Eine Stellungnahme unter diesen Arbeitgeberverbänden unterrichtender Art sei wünschenswert. Einen breiten Raum nahm eine Aussprache über die Grundsätze bei der Preisberechnung im Einzelhandel ein. Von allen Seiten wurde das Weiterbestehen der Kriegs- und Nachkriegsverordnungen, insbesondere der Preistreibeiverordnung, auf das Entschiedenste bekämpft. Man bestonte immer wieder, daß fast überall das Gewerbe in seiner Preisbildung freie Hand habe und daß man nur immer dem Einzelhandel einengende Vorschriften mache. Die Vorbedingungen der Wucherverordnungen, nämlich die Zwangsrationierung und die Beeinträchtigung des Warenbezuges aus dem Auslande durch Blockade, Beschlagnahme usw., seien längst überholt. Die vereinigten Kleinhandelsauschüsse beschloßen daher, den Handelskammern folgende Entschließung zur Beschlusfassung zu unterbreiten: „Die heute im Hotel Lünenschloß in Hagen i. W. versammelten Mitglieder der Kleinhandelsauschüsse der sübwesfälischen Handelskammern sehen in dem Weiterbestehen der Preistreibeiverordnung und der Wuchererlasse die größte Gefahr für das Fortbestehen des Einzelhandels. Sie verlangen, um dem Einzelhandel die notwendige Ruhe und Arbeitsfreudigkeit wiederzugeben, von der Regierung endlich die sofortige Aufhebung der Preistreibeiverordnung und der Wuchererlasse, Metalls in breiter Flut auf das spielende Partett des Tauschales raufste.“

In nachdenklichem Stinnen zog Paul nochmals hinter einander die kräftigen Linien der Unterschrift nach.

Der Versuch gelang überraschend; beim dritten Male konnte er selbst das Original kaum mehr von der Kopie unterscheiden.

Dann aber warf er die Feder wieder beiseite. Wie ein Abgrund flachte es auf einmal vor ihm, in dem er alles hineingeworfen, was ihn bisher schützend umgeben hatte, seine Kraft, sein Vermögen und seine Ehre.

Und er selbst hing über diesem Abgrund, mit erlahmender Hand ein letztes Gebührl umklammernd; gab auch dieses nach, so verschlang die gähnende Tiefe erbarmungslos ihn unglückliches Opfer.

Paul Hausmann ein gemeiner Wechselfälcher! Ein wirgendes Gefühl stieg ihm plötzlich zum Hals empor.

Auf einmal hatte er nur wieder den einen Wunsch, daß es mit ihm aus sein möchte, ganz aus, ehe eine solche Schmach über den Namen seines Vaters kam.

Wie ein Trunkener tannelte er zum Fenster und riß beide Flügel weit auseinander.

Nur Luft, nur Freiheit zum Atmen!

Doch die lockende Versuchung der Fälschung wich nicht mehr aus der Seele des gehehten Mannes.

Noch einmal kam eine Stimmung der Weichheit über ihn, wie das Gedanken eines Mädchens an ihren ersten Schritt vom Wege.

Dann ließ er sich wieder an seinen Schreibtisch nieder.

Und zwei Minuten später stand neben seiner eigenen Unterschrift der Name Harry Laudons auf einem Akzept über fünfzigtausend Mark, zahlbar am 7. August 19...

Die Würfel waren gefallen.

Mit verzerrtem Gesicht richtete sich Paul empor und wandte langsam nach seinem Schlafzimmer hinüber.

6.

„Also, lieber Herr Rasmus, so leid es mir tut, ich muß das Manuskript wieder in ihre Hände zurücklegen! Sie können versichert sein, daß Sie mit diesem Schauspiel die Bühne nicht gewinnen werden!“

Fortsetzung folgt.

6. Die Abgaben für die Wasserwerke der Landgemeinde Lüdenscheid wurden mit Wirkung vom 1. April d. J. um 100 Prozent erhöht. Ebenso erfordern die Sätze der Erinnerungsgebühren für die vertragsmäßig gestattete Benutzung von Gemeindewegen und Grundstücken vom gleichen Zeitpunkt ab eine 10fache Erhöhung.

7. Wegen Neufestsetzung der Gebühren für den Kommunalfriedhof Loh sollen zunächst Erhebungen angestellt werden.

8. Die Vorlage über Einführung einer besonderen Gemeindegewerbesteuer wurde zurückgestellt.

9. Zu einem Antrage auf Gewährung eines Zuschusses zum Wiederaufbau eines niedergebrannten Gebäudes sind vor endgültiger Stellungnahme noch zweidienliche Feststellungen zu treffen.

10. Ueber die Förderung des Wohnungsbau wird in der auf Dienstag, den 7. März, nachm. 4 Uhr anberaumten Sitzung verhandelt.

Leipziger Messe.

Die Eröffnungsfeierlichkeiten.

Leipzig, 6. März.

Die Leipziger Frühjahrsmesse, die bis zum 11. März dauert, ist zusammen mit der Technischen Messe und der Baumeistermesse eröffnet worden. Den Auftakt bildete ein Empfangsabend, den die Handelskammer am Abend des 4. März geladenen Gästen aus den Kreisen des Handels und der Industrie, der Kunst und Wissenschaft und der Presse gab. Die Besucherzahl ist überaus groß und dürfte die der vorangegangenen beiden Messen noch übertreffen: waren doch bis gestern schon fast 100 000 mehramtliche Ausweise ausgegeben. Man glaubt annehmen zu können, daß die Warennachfrage so groß sein dürfte, daß einige Industrien ihr kaum würden genügen können.

Gestern Abend fand der Presseabend der Frühjahrsmesse statt. Der Leiter des Messeamts wies in seiner Begrüßungsrede auf den internationalen Charakter der Messe hin, auf der diesmal bei insgesamt 13 000 Ausstellern 700 ausländische vertreten seien. In seinen weiteren Ausführungen trat er den Versuchen zur Zerspaltung des deutschen Messewesens entgegen.

Morgen werden der Reichspräsident Ebert und die Reichsminister Koeber, Schmidt, Groener, Bauer und vielleicht auch Rathenau die Messe besuchen.

Die Lutherfeier in Wittenberg.

Subiläum der Bibelübersetzung.

Wittenberg, 6. März.

Unter stürkster Beteiligung der evangelischen Kirchen des In- und Auslandes, der großen kirchlichen Verbände, der theologischen Fakultäten, der Kirchen- und Stadtgemeinden begann vorgestern hier die Luthererinnerungsfeier. Bahnhof, Predigerseminar und Rathaus prangten im Schmuck von Laubgewinden und Fahnen, die Denkmäler Luthers und Melanchthons auf dem Marktplatz waren bekränzt. Die erste Anregung, dem Tag, an dem sich die Rückkehr Luthers von der Wartburg zum vierhundertsten Male jährte, festlich zu begehen, ging von dem Führer der schwedischen evangelischen Kirche D. Söderblom aus.

Eröffnet wurden die Luthertage mit einer Begrüßungsfeier in der Schloßkirche, die die Grabstätten Luthers und Melanchthons umschließt. Ephorus D. Jordan wies auf die gegenwärtige Bedeutung Luthers hin. Von ausländischen Gästen antworteten Erzbischof Söderblom, der Däne Jørgensen, der finnische Bischof Gummerus, der ungarische Bischof Raffay, Pastor Jünger aus der Ukraine und Pastor Wehrh von der deutschen evangelischen Synode Nordamerikas. Söderblom sagte u. a., daß sein Vaterland in geistiger Hinsicht niemand so viel verdanke wie Luther. Er legte als Zeichen des Dankes zum Schluß seiner Rede einen mit den schwedischen Farben geschmückten Lorbeerkranz an Luthers Grab nieder.

An die Begrüßungsfeier schloß sich gestern ein Festgala, der mit den Fahnen und Trachten der hiesigen Ein-

wohnerverbände und der Tälaren der Universitätsprofessoren und Geistlichen ein farbenprächtiges Bild bot. In der geschmückten Stadtkirche (Luthers Predigtkirche im März 1522) hatte sich inzwischen eine gewaltige Menge zum Festgottesdienst versammelt. Die Staatsbehörden waren durch den preussischen Kultusminister Dr. Goelch vertreten. Bischof D. Gummerus aus Borga (Finnland) hielt die Festpredigt. Nach der Feier fand eine Besichtigung der Lutherkirche statt. Heute fand in der Aula des Melanchthongymnasiums die Festigung der Luthergesellschaft statt.

Es sind jetzt 400 Jahre, daß Luthers Bibelübersetzung, die Frucht seines Aufenthalts auf der Wartburg, erschien. Anfang März vollendete er das Neue Testament; die ganze Bibel war erst 1534 vollendet. Luther hatte sich bei seiner Übersetzung der Bibel nicht an die lateinische Kirchenbibel (Vulgata), sondern den griechischen Text des Neuen und den hebräischen des Alten Testaments gehalten. Er suchte dabei, wie er sagte, dem deutschen Volke „aufs Maul zu gucken“, d. h. er suchte nach volkstümlichem Ausdruck, Zugänglichkeit und Lebendigkeit und wurde zum Schöpfer der deutschen Schriftsprache.

Kleine Nachrichten.

Angestelltenversicherung.

Berlin. Der Zentralverband der Angestellten stellt die Forderung auf, die Versicherungsgrenze bei der Angestelltenversicherung, die zurzeit 30 000 Mark beträgt, auf 100 000 Mark zu erhöhen. Damit würden die meisten Angestellten unter die Versicherung fallen. Hiergegen wendet sich die Vereinigung der leitenden Angestellten, die in ihrem Protest hervorheben, daß es nicht im Interesse der leitenden Angestellten liegt, in die Angestelltenversicherung einbezogen zu werden.

Versammlung der Gemeinschaft des Einzelhandels.

Berlin. Die 3. ordentliche Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels fand in Berlin statt, und es nahmen an den Verhandlungen teil Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, des preussischen Innen- und Handelsministeriums sowie der den Spitzenorganisationen nahestehender Wirtschaftsgruppen. Regierungsrat Bodde sprach über Preistreibe und Preisfestschließungsverordnung. Professor Jung über Einzelhandel und Preise, Sanften-Barmen über die Verfassung des endgültigen Reichswirtschaftsrats und der Reichswirtschaftsräte, Dr. Felix Borchardt über die Kartelle der Lieferanten und die Kartellbewegung im Einzelhandel.

Deutsche Unternehmungen in Rußland.

Berlin. Wie aus industriellen Kreisen berichtet wird, hat die Deutsche Privatinitiative in Rußland bereits in erheblichem Umfange eingesetzt. Es wurden unter anderem ein Lokomotivfabrikat gegründet. Die Firma Krupp verfolgt den Plan, insbesondere die Industrie in und um Petersburg und Moskau wieder aufzubauen. Die Hamburg-Amerika-Linie wendet ihr Augenmerk dem Aufbau des Transporbewesens zu, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft den Elektrizitätsunternehmungen.

Steigerung über die Hochfinanz.

Wohum. Auf einem Zentrumsarbeitertag sprach Stegerwald über die „Spannung zwischen Staat und Wirtschaft“. Die Weimarer Verfassung habe eine klare Stellung der Beziehungen zwischen beiden nicht gegeben. Die Revolution habe nicht eine Bindung des Kapitals, sondern die Entfesselung des Kapitals gebracht. Zum Schluß vertrat Stegerwald den völkisch-wirtschaftlichen Gedanken gegenüber der internationalen Hochfinanz.

Veranbarung einer Kirche.

Moskau. Die katholische Schloßkirche wurde von Einbrechern heimgesucht, die den kostbaren Reliquienreim mit den Gebeinen des heiligen Theodor und der heiligen Theodora raubten. Auf der Seidendamastbede befanden sich etwa 150 in Silber gefasste Edelsteine. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Liberia als amerikanische Kolonie.

Paris. In französischen Kolonialkreisen herrscht lebhafter Begehr nach einer Anleihe von 5 Millionen Dollar, den die Republik Liberia mit den Vereinigten Staaten abgekauft hat. Der Vertrag enthält solche Bedingungen, daß seine Unterzeichnung das Ende der liberischen Selbstständigkeit bedeute. Liberia werde dadurch einfach eine Kolonie der Vereinigten Staaten.

Verstärkung der roten Armee.

Paris. Französische Blätter bringen Nachrichten aus Moskau, daß die Sowjetregierung fieberhafte Anstrengungen zur Verstärkung des Heeres und zum Wiederaufbau der russischen Flotte mache. Man schließt hier daraus, daß die Sowjetregierung ihre politische Stellung in Rußland möglichst zu verfestigen wolle.

Insektenregen in Frankreich.

Paris. Bei einem Schneesturm in der Gegend von Tremis fielen in großen Mengen Spinnen und Würmer vom Himmel, deren Arten in Frankreich unbekannt sind. Sie bedeckten den Boden in einer Ausdehnung von mehreren hundert Metern. Nähere Angaben über diese merkwürdige Naturerscheinung fehlen, so daß es ratfam ist, erst die wissenschaftliche Erklärung abzuwarten.

Vor neuen Aktionen Wrangels und Petljuras.

Moskau. Nach hier vorliegenden Nachrichten herrscht ein lebhafter Verkehr zwischen Petljura, der sich zurzeit unter fremden Namen in Warschau aufhält, und Wrangel. Petljura verfügt über eine militärische Macht von 15 000 Mann. Eine Abzweigung davon befindet sich in Warschau, der Stab in Tarnob. Mitte Dezember wurden 3000 Wrangelsoldaten nach Besarabien beordert. Zu Anfang des Jahres soll ein Bündnis zwischen Petljura und Wrangel zustande gekommen sein, und die Vereinigten Streitkräfte sollen 50 000 Mann betragen.

Die Naturalsteuern in Rußland.

Moskau. Von den Naturalsteuern, die in den von der Mißernte betroffenen Gebieten eingefordert wurden, sind durchschnittlich 55 Prozent eingegangen, in den Gouvernements mit geringer Ertragsfähigkeit 62 Prozent, in Sibirien 76 Prozent, im Kaukasus 48 Prozent.

Der ukrainische Kongreß gegen Frankreich.

Nikolajew. Im allukrainischen Kongreß der landlosen Bauern führte der stellvertretende Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Manuiski aus: Die Gründe, aus denen wir nach Genua eingeladen worden sind, liegen in der schlechten wirtschaftlichen Lage der kapitalistisch regierten Länder. Der Völkerverbund ist eine internationale Gesellschaft von Aktionären zur Ausbeutung der Kolonien. Zwischen Frankreich und England ist der Kampf auf allen Fronten entbrannt. Die Interessen dieser beiden Mächte gehen auch auf dem Balkan auseinander, und unsere Einladung nach Genua ist weiter nichts als ein Versuch, uns zu einer Kolonie zu degradieren. Ich erkläre nachdrücklich und endgültig, daß sie das nie erreichen werden, auch nicht die Verminderung unserer Armee.

Der älteste Mann der Welt.

Newyork. Im Alter von 137 Jahren ist in Minnesota Oa-De-Nah-Siven-Wonce, ein Chippewa-Indianer, der unter dem Namen John Smith bekannt ist, gestorben. Über das fabelhafte Alter des Indianers sind verschiedentlich wissenschaftliche Nachforschungen angestellt worden. Das Resultat war, daß der Anspruch, der älteste Mann der Welt zu sein, wohlbeurkundet war.

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder schweizerische Kronen, 100 schweizerische, belgische und französische Francs, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling bezahlt wurden. („Preis“ — angeboten; „Geld“ — gesucht.)

Währungspläne	6. 3.		4. 3.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Preis	Geld	Preis	
Dolland . . .	9940,05	9959,35	9540,45	9559,55	170 Mk.
Dänemark . . .	5529,45	5549,55	5334,65	5345,35	112 .
Schweden . . .	6883,10	6906,10	6653,30	6666,70	112 .
Norwegen . . .	4605,35	4614,65	4490,55	4499,45	112 .
Schweiz . . .	—	—	4930,00	4970,00	72 .
Amerika . . .	261,23	261,77	251,74	252,26	4,40 .
England . . .	1152,36	1154,70	1118,85	1116,15	20,20 .
Frankreich . .	—	—	2293,70	2293,30	80 .
Belgien . . .	2257,70	2267,30	2172,80	2177,20	80 .
Italien . . .	—	—	1326,15	1328,85	80 .
Österreich . .	4,58	4,62	4,58	4,62	85 .
Ungarn . . .	35,23	35,34	35,56	35,64	85 .
Schweden . . .	423,55	424,45	410,55	411,45	85 .

Berlin, 6. März. (Stand der polnischen Mark.) Polenmarkt an der heutigen Börse mit 6,75 Pf. bewertet.

Steckenpferd-Seife

die beste Seifenmilchseife für zarte weiße Haut

Drogerie Carl Menke, Halver, Frankfurterstraße, Herm. Köster, Galanteriewaren, Halver.

Schiffleitung: Wilsch. Bell jr., Halver, W. 11.

Bekanntmachung.

Nachdem der von dem Amtsbaumeister Börnke unterm 4. 4. 1921 aufgestellte Fluchtlinienplan für einen Turn- und Spielplatz in Kierspe an der Höfstraße auf Grund des § 7 des Gesetzes vom 2. 7. 1875 in der Zeit vom 1. bis 28. Juli zu jedermanns Einsicht offen gelegen hat und der dagegen erhobene Widerspruch vom Kreisausschuß und Bezirksausschuß abgewiesen worden ist, wird der Plan auf Grund des § 8 a a D. förmlich festgestellt. Der Plan liegt 8 Tage nach Herausgabe dieser Bekanntmachung im Zimmer 3 des Amtshauses zu jedermanns Einsicht offen.

Kierspe, den 7. März 1922. Der Gemeindevorstand.

Barmer Bankverein

Hinsberg, Fischer & Comp., Gummersbach in Gummersbach.

Tel.-No. 41, 85 und 100.

Reichsbankgirokonto. Postscheckkonto Köln Nr. 935

Zahlstellen in Bielstein-Rhl., Halver i. W. und Wipperfürth.

Agenten für Holland:

von der Heydt Kerstens Bank, Amsterdam, Keizersgracht 520—522.

Eröffnung von laufenden Rechnungen und

Scheck-Konten.

Gewährung von Krediten, An- und Verkauf sowie Beleihung von Wertpapieren.

Ausschreibung von Schecks und Anweisungen auf das Ausland.

Verzinsung von Bareinlagen zu günstigen Bedingungen nach Uebereinkunft.

Vermietung von Schrankfächern in unserer

Stahlkammer

zu verschiedenen Preisen je nach Größe.

M.-G.-V. „Arion“ Halver.

Samstag, den 12. März 1922, 5 1/2 Uhr nachm.

im Saale „Haus zur Fuhr“

Familienabend.

Unsere Ehren- und passiven Mitglieder mit ihren Damen, sowie Freunde und Gönner laden wir hierzu herzlich ein.

Der Vorstand.

Es werden zu Ostern eine Anzahl schulentlassener

Mädchen und Knaben

eingestellt.

Wir bitten, Anmeldungen mögl. schon jetzt zu bewerkstelligen.

Gebr. Jäger,

Fabrik elektrotechnischer Bedarfsartikel, Schalksmühle i. Westf.

Milchversandscheine

liefert die

Geschäftsstelle dieser Zeitung

Die Tapete macht alles!

Wenn Ihre Wohnung nüchtern und stimmunglos ist, dann fehlt es an einer schönen u. geschmackvollen Tapete.

Lassen Sie sich die neuesten Muster bei mir zeigen.

Halversche Medizinal-Drogerie Carl Menke.

Blasenschwäche

beseitigt mit glänzendem Erfolge. Täglich einlaufende Anerkennungen. Auskunft frei.

Institut Naumer Recklinghausen i. W. N. 225.

Zum Frühjahr

empfehle eine Kur mit meinem

Blutreinigungstee

Erhältlich in Paketen zu 3,00 5,00 und 8,00 Mk.

Halversche Med.-Drogerie

Carl Menke

Halver, Frankfurterstraße.

Für die Konfirmation

empfehle

Gefangbücher

in schöner Auswahl.

Wilsch. Bell jr., Halver.

1 Triftionshammer

Bär 83 kg, Chabotte 770 kg zu verkaufen

oder gegen Riemenfallhammer umzutauschen.

Th. Enneper Söhne

Halver.

Jugendliche und schulentlassene

Arbeiter und Arbeiterinnen

gesucht

Isotierrohrwerk

J. D. vom Brocke,

Halver.